Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 289. [49. Jahrgang.] Freitag den 10. Dezember 1909. [49. Jahrgang.] Nr. 289.

Berlin, den 9. Dezember.

Rundschau im Auslande.

Aus der Wahlkampagne in England.

London, 9. Dezember. Gestern abend hielten zehn Mitglieder der Regierung Wahlreden, von dem früheren Kabinett der Exminister Lyttelton. — Die Ablehnung des Budgets verteidigten die Lords Camperdown und Kesteven in Reden, die sie in Romford bezw. in Wellingborough hielten. Die Bemerkung Lord Kestevens, daß England im Innern vom Sozialismus und von außen durch Deutschland bedroht würde, wurde mit Gelächter aufgenommen, worauf Lord Kesteven ausrief: „Sie werden mir nicht glauben, bis Ihnen die Deutschen ihre Bajonette in den Leib stoßen", was erneutes Gelächter hervorrief.

* * *

London, 9. Dezember. Der gestern veröffentlichte Tarifplan wird hier viel besprochen. Die konservativen Blätter ignorierten gestern insgesamt das Schema, heute äußern sich nur Morning Post und Standard dazu, die es als interessant, aber nicht als maßgebend bezeichnen. Sie vermissen den Hinweis, daß zur Kompensation für die Zölle auf andere Lebensmittel die Abgaben auf Thee und Zucker ermäßigt werden sollen. — Die liberalen Blätter betrachten das Schema als maßgebend und sagen, sie seien dankbar für die Veröffentlichung dieses teuren Nahrungsmittelbudgets, durch welches die extremen Tarifreformer von Birmingham einen Druck auf Balfour ausüben wollten, der jetzt schwerlich eine Darlegung seiner Ansichten über die Nahrungsmittelbesteuerung umgehen könnte.

Die Vorschläge zur Deckung des Budgetdefizits der Vereinigten Staaten.

Washington, 8. Dezember. Zur Deckung der sich auf 73 Millionen belaufenden Fehlbeträge des gegenwärtigen Finanzjahres schlägt Schatzsekretär MacVeagh in seinem dem Repräsentantenhause heute zugestellten Jahresbericht die Verausgabung von Panama-Bonds zu einem höheren Zinsfuß als dem der jetziger 2proz. Bonds vor, die eigentlich nur den Banken als Unterlage für ihren Notenumlauf dienten. Gleichzeitig sollen bei der Besteuerung des durch Hinterlegung von Bonds der Vereinigten Staaten gesicherten Banknotenumlaufs gewisse Einrichtungen getroffen werden, um einer Entwertung der jetzigen 2proz. Bonds vorzubeugen, welche durch die Verausgabung von 3proz. Panama-Bonds herbeigeführt werden könnte. Auch für Anlagezwecke ist nach Meinung des Schatzsekretärs die Verausgabung dieser Bonds wünschenswert, und die Herbeiführung der erforderlichen Elastizität im Geldumlauf würde dadurch wesentlich gefördert werden.

Zum amerikanischen Tarifgesetz von 1909.

Boston, 9. Dezember. Schatzsekretär MacVeagh erklärte in einer Rede, daß die veränderte Haltung der republikanischen Partei zu Gunsten einer Revision des Tarifs zum Zwecke seiner Herabsetzung, wie sie durch das Tarifgesetz von 1909 angegeben sei, nicht genügend gewürdigt werde. Die Bewegung habe mit diesem Gesetz noch nicht ihr Ende erreicht, sondern es würden auf Grund der Erhebungen der in dem Gesetz vorgesehenen Tarifkommission in der Folgezeit noch eine Reihe von Abänderungsanträgen zu stellen sein.

Ein Prozeß betreffend die großserbische Agitation.

Wien, 8. Dezember. Morgen beginnt hier die Schwurgerichtsverhandlung über eine Ehrenbeleidigungsklage, welche von kroatischen Abgeordneten gegen den Schriftsteller Dr. Friedjung und den verantwortlichen Redakteur der Reichspost erhoben wurde. Die Gesamtzahl der Kläger gegen Dr. Friedjung beträgt 52. 51 Abgeordnete brachten eine Gesamtklage ein, außerdem erscheint als Einzelkläger der Abgeordnete Franz Supilo, der von Dr. Friedjung in seiner Beschuldigung ausdrücklich genannt wurde. Die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der Reichspost wurde von drei Abgeordneten eingebracht. Die Beklagten haben den kroatischen Abgeordneten vorgeworfen, sie seien an der großserbischen Agitation beteiligt.

Mulay Kebir zum Gegensultan ausgerufen?

Udschada, 8. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Einem aus Eingeborenenkreisen stammenden Gerücht zufolge ist der Bruder des Sultans, Mulay Kebir, in Taza eingetroffen und von der dortigen Bevölkerung, die über die immer neuen Steuern unzufrieden ist, zum Sultan ausgerufen worden.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 8. Dezember. Die Deputiertenkammer beendete heute die Interpellationen, betreffend die Anschlußstrecken zur Simplonbahn, und nahm fast einstimmig das französisch-schweizerische Abkommen an.

Die Kammerkommission für öffentliche Arbeiten genehmigte einstimmig die Vorlage, betreffend die Bahn von Bona nach Dschebel-Uenza.

Die wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe in Griechenland.

Athen, 8. Dezember. Von den in der Deputiertenkammer gestern eingebrachten wirtschaftlichen Vorlagen sind außer den bereits genannten noch hervorzuheben ein Zuckermonopol und eine Steuer auf Gas- und Elektrizitätswerke. Ferner wurden von der Regierung Entwürfe vorgelegt, durch die alle Zölle auf Rohstoffe zu Industriezwecken, sowie die Grundsteuern für Weinländereien aufgehoben werden, und die Gewerbesteuer für kleine Betriebe herabgesetzt wird.

Kriegsrecht in Honduras.

New York, 8. Dezember. Nach einer Depesche aus Puerto Cortez ist gestern in Honduras das Kriegsrecht verkündet worden.

Kein Geheimvertrag Rußlands mit dem Dalai-Lama.

Petersburg, 8. Dezember. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, daß die in der ausländischen Presse verbreitete Meldung aus Schanghai über einen angeblich von der russischen Regierung mit dem Dalai-Lama geschlossenen Geheimvertrag vollständig auf Erfindung beruht.

Ein chinesisch-portugiesischer Grenzzwischenfall.

Hongkong, 8. Dezember. Wie aus Macao gemeldet wird, haben chinesische Soldaten die Insel Sao Jao, die an der Grenze von Macao liegt, überfallen, angeblich um Steuern einzutreiben, die in Wirklichkeit an Portugal zu zahlen sind. Sie nahmen einige Dschunken weg und töteten und verwundeten mehrere Landleute, welche der portugiesischen Gerichtsbarkeit unterstehen.

Die Türkei und Persien.

Konstantinopel, 8. Dezember. Der persische Botschafter hat der Pforte eine Note übergeben, in der die Bestrafung derjenigen türkischen Soldaten verlangt wird, die bei Sunduz 6 Perser getötet haben. Die Pforte hat die Untersuchung dieser Angelegenheit versprochen.

* * *

Konstantinopel, 8. Dezember. Auf der hiesigen persischen Botschaft sind Telegramme eingelaufen, nach denen die Türken bei der Anlegung einer Telegraphenlinie nach Bassorah sich hätten Grenzverletzungen zu schulden kommen lassen. Der Botschafter hat der Pforte schiedsgerichtliche Entscheidung des Streitfalles durch eine neutrale europäische Macht vorgeschlagen. Demgegenüber verhält die Pforte sich ablehnend.

Kleinere politische Nachrichten.

In der bulgarischen **Sobranje** begann am Mittwoch die Debatte über die neue **Anleihe** mit dem Wiener Bankverein. Die Führer der Opposition drückten ihr Bedauern darüber aus, daß diese Anleihe nicht bei einer großen französischen Bankengruppe abgeschlossen worden sei. Heute wird die Debatte fortgesetzt. — Das **australische Bundesparlament** ist am 8. d. M. in Melbourne geschlossen worden. Die allgemeinen Neuwahlen finden in der ersten Hälfte des April, wahrscheinlich am 12. statt. — Präsident **Taft** eröffnete am Mittwoch in Washington den nationalen Kongreß für Fluß- und Hafenausbau und wohnte darauf einer Ansprache des deutschen Botschafters Grafen **v. Bernstorff** über den Ausbau von Deutschlands Wasserwegen bei.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser nahm gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Staatssekretärs des Reichspostamts Kraetke und des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen.

* Der Fürst zur Lippe-Detmold ist gestern mittag 12 Uhr 47 Min. von Großenhain auf dem Anhalter Bahnhof angekommen und hat im Hotel Prinz Albrecht Wohnung genommen. Um 6 Uhr 15 Min. Abends fuhr er nach Potsdam, von wo er um 11 Uhr 5 Min. Nachts auf dem Potsdamer Bahnhof wieder eintraf.

* Der Erbprinz Heinrich XXVII. Reuß j. L. war gestern vormittag 8 Uhr 25 Min., von Gera kommend, auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen und hatte sich nach dem Hotel Bristol begeben. Um 1 Uhr Nachmittags fuhr er vom Potsdamer Bahnhof nach Potsdam und traf um 3 Uhr 55 Min. von dort hier wieder ein. In der vergangenen Nacht um 11 Uhr 25 Min. ist er vom Anhalter Bahnhof nach Gera abgereist.

* Gestern fand in Oranienbaum im Beisein der Großfürsten und Großfürstinnen, des Erbgroßherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, der Herzogin Helene von Sachsen-Altenburg nebst Töchtern und des deutschen Botschafters Grafen von Pourtalès in Vertretung des Deutschen Kaisers die Beerdigung des verstorbenen Herzogs Georg Alexander zu Mecklenburg-Strelitz statt. Se. Majestät der Kaiser ließ einen Kranz am Sarge des Entschlafenen niederlegen.

* Entgegen anderslautenden Meldungen teilt die amtliche Darmstädter Zeitung mit, daß die Kaiserin von Rußland sich nach einer Nachricht aus Livadia zurzeit einer so vorzüglichen Gesundheit erfreut, wie schon seit langer Zeit nicht mehr.

Ferner telegraphiert der Korrespondent der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Livadia: Die im Auslande verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Erkrankung der Kaiserin Alexandra Feodorowna sind vollständig unbegründet. Die Kaiserin macht täglich Ausfahrten und Spaziergänge.

z. Bei Ihrer Exzellenz der Frau Staatsminister von Moltke fand gestern ein Fünfuhrthee statt, zu dem zahlreiche Einladungen an Damen der Gesellschaft wie auch an die Herren des Ministeriums des Innern ergangen waren. Auf Wunsch Ihrer Exzellenz hielt Amtsgerichtsrat Dr. jur. Béringuier, Vorsitzender des Vereins für die Geschichte Berlins, einen Vortrag über den kurbrandenburgischen Kanzler Lampert Distelmeier (1522—1588), für dessen Person Frau v. Moltke sich lebhaft interessiert. Der Minister, der Ehrenmitglied des Vereins für die Geschichte Berlins ist, war durch die gestrige Sitzung des Staatsministeriums verhindert, dem Vortrage beizuwohnen.

Deutsches Reich.

* Die argentinische Gesandtschaft in Berlin erklärt hiermit, um Konfusionen zu begegnen, daß im nächsten Jahre zur Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit der Argentinischen Republik in **Buenos Aires** nur folgende internationale Ausstellungen unter offizieller Protektion stehen werden:

1. Die Internationale Ausstellung für Ackerbau.
2. Die Internationale Ausstellung für Hygiene.
3. Die Internationale Eisenbahn- und Verkehrsmittel-Ausstellung und
4. Die Internationale Kunstausstellung.

Die sogenannte „Weltausstellung in Buenos Aires" unter Auspizien der Lebensmittelhändler und Genossen, die zahlreiche Agenten unterhält und Einschreibgebühr für Platzmiete fordert, steht nicht unter offiziellem Schutz.

* In Straßburg i. E. hat am Mittwoch die europäische **Fahrplankonferenz** im Landesausschußgebäude ihre Beratungen begonnen.

Unter den Gegenständen der Tagesordnung ist hervorzuheben ein Antrag der Generaldirektion Elberfeld, der eine einmalige Konferenz statt der bisherigen zweimaligen fordert. Zur Annahme kam ein Kompromißantrag, nach dem, insofern die Konferenz nicht mehr zweimal stattfinden soll, an die Sommerkonferenz die Wagenbeistellungskonferenz angegliedert werden wird. Die europäische Fahrplankonferenz wird nur noch einmal im Dezember stattfinden. Die Sommerkonferenz verliert dadurch, wie die Frankf. Ztg. weiter mitteilt, ihren Charakter als europäische Fahrplankonferenz. Es nehmen nur diejenigen Verwaltungen daran teil, die an den Gegenständen der Beratung interessiert sind. Als Ort der kombinierten Konferenz wurde Brüssel bestimmt, für die europäische Fahrplankonferenz Wiesbaden. Die Konferenz in Brüssel wird am 13. Juni stattfinden, die in Wiesbaden am 30. November und 1. Dezember.

* Gleichzeitig mit derjenigen im Dresdner Journal ist die Veröffentlichung der Denkschrift über die **Schiffahrtsabgaben** auch in der Karlsruher Zeitung erfolgt.

* Als Termin für die Reichstagsersatzwahl in **Eisenach-Dermbach** ist von der Großherzoglichen Staatsregierung der 29. Januar 1910 festgesetzt worden.

Eine am 5. Dezember in Dorndorf tagende Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschsozialen Partei beschloß einstimmig, den im Wahlkreise bekannten Postverwalter Hädrich als Kandidaten aufzustellen. Die Bemühungen der Parteigenossen Schacks, für die Kandidatur in Eisenach-Dermbach den Grafen Posadowsky oder den ehemaligen, in der Nähe des Wahlkreises begüterten Staatsminister v. Berlepsch zu gewinnen, sind demnach endgültig gescheitert. Der deutschsozialen Kandidatur Hädrich wird eine liberale gegenübertreten. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich wieder ihren bisherigen Kandidaten im Wahlkreise, den Jenenser Parteisekretär und ehemaligen [illegible] Leber proklamieren, sofern nicht noch von der Berliner Zentralleitung der Partei die Aufstellung eines Berufsparlamentariers verfügt wird.

* Gestern tagte in Berlin die Verbandsversammlung der Hauptstelle [illegible] Arbeitgeberverbände. Man wählte neu in den [illegible] Hüttenbesitzer v. Vopelius, Mitglied des Herrenhauses. In den Ausschuß wurden neu gewählt die Herren Kommerzienrat [illegible]-Leipzig, Fabrikbesitzer Engel-Mülhausen, Fabrikbesitzer [illegible] und Bergrat Siemens-Halle. Die Versammlung nahm [illegible] den Geschäftsbericht des Generalsekretärs H. A. Bueck entgegen, der in seinem Vortrage die bedeutendsten Tagesfragen auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse eingehend darlegte. Kommerzienrat [illegible]-Chemnitz referierte über die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und W. Tänzler-Berlin zog das Fazit aus dem [illegible] Generalstreik und beleuchtete die Lehren, die aus diesem großen Arbeitskampf auch für die deutsche Industrie zu ziehen sind.

* Aus Sondershausen, 7. Dezember, wird gemeldet: Der Landtag des Fürstentums **Schwarzburg-Sondershausen** hat zwei Anträge zur Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts einstimmig für erledigt erklärt, da sie schon in der vorigen Landtagssession abgelehnt waren. Bezüglich der Einführung des geheimen Wahlrechts wurde beschlossen, das Ministerium zu ersuchen, noch vor Ablauf der gegenwärtigen Etatsperiode dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Wahlen zum Landtage sowohl für die Höchstbesteuerten wie auch für die Allgemeinheit neu geregelt würden.

* Im großen Sitzungssaale des Provinziallandeshauses fand am 8. d. M. eine Sitzung des Vereinsausschusses der **Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg** unter starker Beteiligung der Vertreter der landwirtschaftlichen Vereine statt. Dem Bericht des Präsidenten zufolge hat das letzte Jahr nicht zu den schlechten gehört. Die Landwirte hätten eine gute Sommerkornernte gehabt. Bezüglich des Roggens sei zu sagen, daß die Ernte gut gewesen, allerdings in manchen Gegenden wiederum schlecht ausgefallen wäre. Beim Winterweizen seien die Berichte in den verschiedenen Orten verschieden, aber zum sehr großen Teile sehr ungünstig, besonders solle der Rost, der seit einer Reihe von Jahren ausgeblieben sei, in diesem Jahre sehr stark aufgetreten sein. Was die Hackfrüchte betreffe, so habe man ja im allgemeinen über die Kartoffel ganz gute Berichte gehört. Nach Eintritt in die Verhandlung erstattete Hauptgeschäftsführer v. Hülsen Bericht über die Ausführung der vorjährigen Beschlüsse des Vereinsausschusses. Hierauf berichtete Geschäftsführer Dr. Augstin über einige Neuerungen auf dem Gebiete der Landeskultur. Er erwähnte hierbei ganz besonders ein neues Verfahren auf dem Gebiete der [illegible]trocknung und auch das Kulturverfahren von Demtschinsky, dessen Vorzüge und Anwendung er des näheren auseinandersetzt. Es folgte ein Referat des Direktors Chambeau-Prenzlau über ein neues Normalstatut für Molkereigenossenschaften, zu welchem eine Resolution angenommen wurde, wonach die Molkereigenossenschaften und die Milchverwertungsgenossenschaften darauf hingewiesen wurden, daß ihre Statuten mit der Rechtsprechung der letzten Zeit zum Teil nicht mehr übereinstimmen. Es müsse ihnen angeraten werden, auf ihrer nächsten Generalversammlung die von dem Revisor Kempe entworfenen Statuten anzunehmen und dabei gleichzeitig, soweit möglich, zur beschränkten Haftpflicht überzugehen. In einem längeren Referat trat alsdann Rittergutsbesitzer Brase-Linderode dafür ein, beim Minister die Ausgestaltung der staatlichen Rentenbanken und eine alsbaldige Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs zu beantragen. Demgegenüber äußerte der Präsident der Königlichen Generalkommission Zweifel, ob es möglich sei, auf dem vom Berichterstatter vorgeschlagenen Wege vorzugehen, bezw. ob die Königliche Staatsregierung für den eingebrachten Vorschlag zu haben sein werde. Als Resolution wurde beschlossen, daß die Kammer prüfen möge, in welcher Weise — eventuell durch Abänderung des genannten Gesetzes oder durch Ausgestaltung der staatlichen Rentenbanken — das Bedürfnis der Landwirte nach einem billigen und unkündbaren Meliorationskredit auskömmlicher als bisher befriedigt werden könne. Im Namen der landwirtschaftlichen Vereine Friedeberg, Arnswalde und Seelow sprach dann Gutsbesitzer Wendorff-Marienberg über die Beschäftigung polnischer und russisch-polnischer Wanderarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben. Er stellte die Forderung auf, daß die Beschäftigung dieser für die Landwirtschaft unentbehrlichen Arbeitskräfte nicht erschwert werden dürfe, wie es nach einigen Aeußerungen der Landräte rc. für das nächste Jahr zu befürchten sei, sondern daß vielmehr für möglichste Erleichterung gesorgt werden müsse. Nachdem Oberpräsidialrat v. Winterfeld namens des Oberpräsidiums die bestimmte Erklärung abgegeben hatte, daß der Erlaß des Herrn Ministers des Innern, der für die Beschäftigung solcher Arbeiter bestimmte Erleichterungen zuläßt, auch weiterhin von den zuständigen Behörden beachtet und durchgeführt werden solle, wurde von dem Referenten die beabsichtigte Resolution zurückgezogen.

hg. Der **Zentralverein für Deutsche Binnenschiffahrt** hatte zu Mittwoch abend in die Räume des Abgeordnetenhauses eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, die sich eines sehr starken Besuches erfreute. Generalsekretär Ragoczy behandelte in einem längeren Vortrag die Frage der Vereinheitlichung bezw. Abänderung der Verfrachtungs- und Konossementsbedingungen in der Binnenschiffahrt. Bei den Konnossementsbedindungen hält er eine Regelung für das jeweilige Stromgebiet, nicht eine Regelung für das ganze Reich für zutreffend. Für die Verfrachtungsbedingungen sei ebenfalls keine reichsgesetzliche Regelung zu empfehlen. Die Klagen der Frachtinteressenten beruhen meist auf unbegründeten Voraussetzungen oder seien zurückzuführen auf ungenügende Selbstversicherung. Die Klagen betreffen meist Einzelheiten, und ihre Ursachen lassen sich leicht abstellen. Auf Antrag des Reichstagsabg. Gothein wurde von einer bestimmten Beschlußfassung in dieser Frage Abstand genommen und folgendes Resümee zum Beschluß erhoben: „Der Zentralverein ist mit Rücksicht auf die verschiedenen Interessengruppen unter seinen Mitgliedern in der Frage der Regelung der Verfrachtungsbedingungen zu der Auffassung gekommen, daß es zweckmäßig ist, von der Fassung einer Resolution Abstand zu nehmen. Es erscheint dies um so angebrachter, als bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse auf den einzelnen Stromgebieten eine einheitliche Regelung dieser Bedingungen großen Schwierigkeiten begegnet. Inwieweit eine solche hinsichtlich einzelner Bedingungen möglich und erwünscht ist, läßt sich ohne eingehende Verhandlungen der Schiffahrttreibenden einerseits und der Verfrachter anderseits nicht entscheiden. Das läßt sich in einer Generalversammlung nicht bewerkstelligen. Da nun außerdem diese Fragen zurzeit den Beratungen des Deutschen Handelstages unterliegen, erscheint es auch zweckmäßig, zunächst dieses Ergebnis abzuwarten." — An zweiter Stelle sprach Justizrat Professor Dr. Alexander-Katz-Berlin über die Frage der Gerichtsbarkeit in Schiffahrtsprozessen und der Errichtung von Flußämtern. Er betonte, daß nach der letzten Reichsstatistik in der Binnenschiffahrt es siebzehn Betriebe mit 300 000 Angestellten gäbe. Die Frage ist nun, ob es sich für einen Bevölkerungsteil von 300 000 Köpfen lohnt, eine Sondergerichtsbarkeit einzuführen. Diese Gerichtsbarkeit müßte sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken, weil es an allen Wasserläufen und auf allen Kanälen eine Binnenschiffahrt gibt. In Berlin kommen jährlich im Durchschnitt 400 Amtsgerichtssachen, die mit der Schiffahrt etwas zu tun haben, zur Verhandlung. Das ist die größte Zahl, die an einem Ort in Deutschland überhaupt vorkommt. Sie würde kaum ausreichen, um eine Abteilung des Berliner Amtsgerichts voll zu beschäftigen. Und nun denken die Leute daran, eine Sondergerichtsbarkeit für die Schiffahrt einzuführen, und zwar nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Man denke sich einen solchen Sondergerichtshof zum Beispiel in Thorn, wo 15 bis 20 Sachen im Jahre verhandelt werden würden. Was wir aber wünschen, ist, daß die Schiffahrtsprozesse möglichst bei einer Abteilung des betreffenden Amtsgerichts verhandelt werden. Wir können in doppelter Richtung vorgehen; einmal verlangen wir die Aufnahme einer genauen Statistik der Schiffahrtsprozesse durch die Justizministerien, eine Statistik, die mit Leichtigkeit aufgenommen werden kann, und zweitens ersuchen wir die Justizverwaltung, daß sie es mit den Schiffahrtsprozessen ebenso macht wie mit den Prozessen über geistiges, gewerbliches und künstlerisches Eigentum, nämlich daß diese Sachen nach sachlichen Gesichtspunkten verteilt werden. (Beifall.) In der Debatte wurden [illegible] lebhafte Bedenken gegen die Schaffung weiterer Sondergerichte [illegible]. Man schloß sich im allgemeinen den Ausführungen des Referenten an und beschloß schließlich, die Frage selbst einer Kommission zur weiteren Klärung zu überweisen.

Parteibewegung.

* Vom geschäftsführenden Ausschuß des Konservativen Landesvereins des **Königreichs Sachsen** wurde, laut Blättermeldungen, folgende Resolution gefaßt:

„Anläßlich der letzten Verhandlungen des Landtages wird von liberaler Seite der Versuch gemacht, an die Kritik hinsichtlich des Verhaltens von Mitgliedern des Königlichen Staatsministeriums Forderungen zu knüpfen, die tatsächlich zu einer Parlamentsherrschaft in Sachsen führen müßten. Die konservative Partei legt dagegen Verwahrung ein, daß für die Entschließung der Krone über Wahl und Entlassung ihrer Ratgeber Forderungen gestellt werden, die der Verfassung unseres monarchisch-konstitutionellen Staates vollkommen zuwiderlaufen."

* Während die **Sozialdemokratie** theoretisch sehr entschieden für die Abschaffung aller indirekten Steuern eintritt, hat sie doch eine seltsame Scheu, ihre Theorie durch die Praxis zu erproben. Da handeln die „Genossen" manchmal recht wenig programmgemäß, wie eine Mitteilung des Beobachters aus Feuerbach in Württemberg lehrt:

In dieser Gemeinde ist genau die Hälfte des Gemeinderats mit Sozialdemokraten besetzt, währeng zum Bürgerausschuß gar keine Angehörigen bürgerlicher Parteien gehören. Vor einigen Tagen wurde nun die Frage der Forterhebung der indirekten Gemeindesteuern erörtert, nämlich eine Biersteuer von 65 ₰ pro Hektol., eines Zuschlags der Grundstücksumsatzsteuer in Höhe von 80 ₰ von je 100 ℳ des Kaufpreises und einer Hundesteuer in Höhe von 16 ℳ. Diese Steuern ergeben zusammen 51 500 ℳ, während aus der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 348 000 ℳ genommen werden. Es ist nun auch in diesem Jahre keinem einzigen Sozialdemokraten eingefallen, den Antrag zu stellen, die indirekten Steuern oder wenigstens die Biersteuer, die den Arbeiter am meisten trifft, in Wegfall kommen zu lassen. Im Gegenteil: einhellig wurde beschlossen, die Erlaubnis zur Erhebung dieser indirekten Steuern auf drei weitere Jahre einzuholen.

Arbeiterbewegung.

* Die Handwerkskammer zu **Düsseldorf** hat beschlossen, ein Einigungsamt für Lohnstreitigkeiten zu errichten. Bisher haben die Handwerkskammern solche Gründungen vermieden, weil man glaubte, unnötige Konflikte zwischen Meistern und Gesellen dadurch heraufzubeschwören. Um so interessanter erscheint der Versuch, der jetzt in Düsseldorf gemacht ist. Das Gelingen des Versuchs wird im wesentlichen davon abhängen, ob man einen geeigneten Vorsitzenden zu gewinnen vermag.

Heer und Flotte.

* Der Reichspostdampfer **Bülow** mit dem Rekrutentransport für die Marinefeldbatterie in Tsingtau ist auf der Ausreise am 8. Dezember in Penang (Halbinsel Malacca) eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Singapore fortgesetzt. — S. M. S. **Jaguar** ist am 8. Dezember in Hongkong eingetroffen. — S. M. S.S. **Stuttgart** und **Hay** sind am 7. Dezember von Kiel durch den Kanal nach der Nordsee gegangen, S. M. S. **Blücher** ist am 7. Dezember in Kiel eingetroffen.

* **England.** Aus Gibralter, 8. Dezember, wird gemeldet: Der englische Panzerkreuzer Donegal stieß mit dem Dampfer Malaga der Hall's-Linie zusammen und erhielt auf Steuerbordseite einen Riß von über 16 Fuß Länge. Der Kreuzer ist vor Anker gegangen.

Ausland.

Asien.

* Aus **Peking**, Mitte November, wird der Welt-Korr. geschrieben: Die Zusammensetzung der chinesischen Provinziallandtage ist der Zahl nach eine außerordentlich verschiedene. Man hat, als man die Anzahl der Abgeordneten für die einzelnen Landtage festsetzte, zwei Gesichtspunkte berücksichtigt: die Bevölkerungsziffer und die Höhe der Steuererträge. So ist es begreiflich, daß die Hauptprovinz Tschili und die für den Handel wichtigste Provinz Kiangsu, in der die Haupthandelsstadt Schanghai liegt, mit 140 bezw. 125 Abgeordneten; an der Spitze stehen. Ueber 100 Abgeordnete besitzen noch die Provinzen Chekiang (114), Szechuan (105) und die das Hinterland unserer Kolonie Kiautschou bildende Provinz Schantung (101). Der wenig bevölkerte Norden des Reichs hat die geringste Zahl der Abgeordneten; so haben Fenglieng, Kirin und Heilungkian nur durchschnittlich je 30 Abgeordnete. Damit die Mandschus, die ja in China immer bevorzugt werden, einen besonderen Einfluß besitzen, kommen zu der Zahl der Abgeordneten für Tschili noch zehn von den Bannern gewählte Mandschus hinzu, in den 14 Provinzen mit Bannergarnisonen noch durchschnittlich zwei Mandschus.

Der Provinziallandtag der Hauptprovinz hat seinen Sitz nicht in der Reichshauptstadt Peking, sondern in Tientsin, weil sich dort der Sitz des Generalgouverneurs befindet. Zum Präsidenten dieses wichtigsten Landtags ist merkwürdigerweise kein Mandschu gewählt worden, sondern ein Chinese namens Yen Feng kuo. Er ist ein älterer Herr, der noch die bekannte altchinesische Literaturbildung genossen hat. Er wird aber den Ansprüchen, die sein modernes Amt an ihn stellt, immerhin genügen können, da er in Japan Verfassungsrecht studiert hat. Für die Wahrnehmung seines Amtes erhält er eine Entschädigung, und zwar monatlich 150 Taels. (Nachdruck verboten.)

Australien.

* **Sydney,** 9. Dezember. Dem Herald zufolge haben die Kohlenschauerleute für heute den Beginn des Streiks beschlossen.

Luftschiffahrt.

* Kapitän **Engelhardt,** der Pilot der Gesellschaft Flugmaschine Wright zu Berlin, nahm am Mittwoch seine Lehrtätigkeit mit zwei Schülern auf dem Flugplatze Johannisthal auf. Er führte im ganzen sieben wohlgelungene Flüge aus, von denen der längste 20 Minuten dauerte. Hervorzuheben ist, daß er mit je einem Passagier ohne Benutzung des Fallgewichts startete.

* * *

Bitterfeld, 8. Dezember. Heute nachmittag 4 Uhr 5 Min. unternahm der **neue Parseval-Ballon** unter Führung von Oberleutnant Stelling seine erste Probefahrt. Sie währte eine Stunde und ist vorzüglich gelungen, besonders hat sich die neue Höhensteuerung bewährt.